



NIEDERSCHRIFT

über die 24. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 13.12.2011,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:02

Ende: 21:40



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll ab TOP 4 ö.S.

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann bis TOP 22 ö.S.

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

ab TOP 3 ö.S.

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Ralf Bernhard	(Stadtbauamt)
Jürgen Bibus	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Michael Heder	(Stadtbauamt)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Kajetan Lis	(Stadtbauamt)
Hans-Joachim Malo	(Sozialamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Elena Schwahn	(Integrationsbeauftragte)
Herr Kalscheuer	(Firma DSK) zu TOP 4 n.ö.S.
Herr Bruder	(Firma DSK) zu TOP 4 n.ö.S.

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Mirko Bahm	(Pressestelle)
Rudolf Boesche	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Kurt Degen	(Kämmereiabteilung)
Klaus Kibel	(Ortsvorsteher Arzheim)



Michael Niedermeier

(Kämmereiabteilung)

Aydin Tas

(Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Carina Treitz

(Persönliche Referentin des Oberbürgermeisters)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

CDU

Rudi Eichhorn

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Heuberger beantragte, den Tagesordnungspunkt 4 der nichtöffentlichen Sitzung von der Tagesordnung abzusetzen, da angeforderte Informationen nicht vorliegen würden. Man sehe sich daher außerstande, heute zu entscheiden. Gegebenenfalls könne man, wenn die Informationen bis dahin vorliegen, in der nächsten Woche im Bauausschuss entscheiden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man alle Informationen heute darstellen werde. Hierfür seien eigens Vertreter der Firma DSK eingeladen worden. Er sehe keine Veranlassung, den Punkt abzusetzen. Man könne dann immer noch entscheiden, ob man dann abstimme oder es erneut vertage.

Der Stadtrat einigte sich darauf, den Tagesordnungspunkt nicht abzusetzen.

Ratsmitglied Schröer beantragte, den Tagesordnungspunkt 7 der öffentlichen Sitzung getrennt abzustimmen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion würde dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds gerne zustimmen, nicht jedoch dem damit verbundenen Sparpaket. Man sei von den Beratungen ausgeschlossen und nicht in die vorgeschlagenen Maßnahmen eingebunden gewesen.

Der Vorsitzende widersprach der Darstellung, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ausgeschlossen gewesen sei. Jede Fraktion habe Vorschläge machen können und der Ältestenrat habe die Maßnahmen beraten. Es sei ganz natürlich, dass man sich bei solch einem Thema als Stadtvorstand erstmal die Mehrheiten suche. Daher habe man natürlich mit den Vorsitzenden der den Stadtvorstand tragenden Fraktionen entsprechende Gespräche geführt.

Er habe kein Problem, den Punkt getrennt abzustimmen.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Resolution zur Feuerschutzsteuer
Vorlage: 101/130/2011
3. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Weiterführung der Ausbildung von Musiklehrern an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau
Vorlage: 101/132/2011
4. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzung der Ausschreibungskriterien für die Vergabe der Stromlieferungen um das Merkmal "aus 100% erneuerbarer Energien"
Vorlage: 101/133/2011
5. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Lenkungsgruppe zum Haushalt
Vorlage: 101/134/2011
6. Wirtschaftsplan 2012 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH
Vorlage: /013/2011



7. Kommunalen Entschuldungsfonds (KEF) Rheinland- Pfalz
Vorlage: 200/057/2011
8. Satzung über die Änderung der Realsteuerhebesätze sowie des Hundesteuersatzes
Vorlage: 220/006/2011
9. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/062/2011
10. Zweckvereinbarung über die Durchführung von Verfahren des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (EWL) im Bereich Vollstreckung durch die Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 300/047/2011
11. Änderungssatzung "Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts" (EWL)
Vorlage: 300/048/2011
12. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: 300/049/2011
13. Integrationskonzept der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 500/006/2011
14. Einziehung von Straßen gemäß § 37 des Landesstraßengesetzes
Vorlage: 600/049/2011
15. 13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz "Froschau" im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D11 "Froschau", Endgültige Fassung, (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)
Vorlage: 610/139/2011
16. Bebauungsplan D11 "Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz, Satzungsfassung, (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)
Vorlage: 610/138/2011
17. Vorhabenbezogener Bebauungsplan "C 17A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann", Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 610/141/2011
18. Eintrittspreiserhöhungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2012
Vorlage: 700/005/2011
19. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau
Vorlage: 860/112/2011
20. Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des EWL
Vorlage: 860/116/2011
21. Jahresabschluss 2010 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des



öffentlichen Rechts
Vorlage: 860/118/2011

22. Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2012 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung
Vorlage: 860/121/2011
23. 2. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Landesgartenschau 2014
Vorlage: 200/061/2011
24. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Frau Fink vom Frauenzentrum Aradia wollte wissen, ob es möglich sei den Zuschuss an Aradia zu erhalten. Es stelle sich die Frage, ob nicht andere Einsparungen gemacht werden könnten.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass im Zuge der Beratungen zum Kommunalen Entschuldungsfonds alles auf den Prüfstand gestellt worden sei. Hierzu gehörten auch die Leistungen im sozialen Bereich und der Jugendhilfe. Die Hälfte der Einnahmen werden jährlich für den Bereich Jugend und Soziales ausgegeben, insgesamt 45 Millionen Euro. Entschuldet könne man nur werden, wenn man von Bund und Land strukturell entlastet werde. Mit der Streichung des Zuschusses an Aradia sei keinesfalls die inhaltliche Arbeit in Frage gestellt.

Der Vorsitzende sprach die Diskussion um die Grundschule Arzheim an. Hier werde es einen Prüfauftrag geben. Hier würden alle Fakten auf den Tisch kommen, wie die Entwicklung der Kinderzahl, mögliche Sanierungskosten und auch mögliche Transportkosten. Es gebe hier auch keinen Zeitdruck.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP; Resolution zur Feuerschutzsteuer

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Stadtratsfraktionen von CDU, FWG und FDP vom 22. November 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Morio begründete den Antrag. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer sei zweckgebunden für die Förderung der Kommunen für die Aufgaben des Brandschutzes. Dem Landtag liege nun ein Gesetzentwurf vor, diese Zweckbindung zumindest für die Jahre 2012 und 2013 aufzuheben. Damit würden diese Gelder für die Förderung der dringenden Aufgaben des Brandschutzes fehlen. Gerade bei den Anschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen habe sich ein Investitionsstau gebildet, der durch die Aufhebung der Zweckbindung noch verschärft werde.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron entgegnete, dass hier Oppositionspolitik aus dem Mainzer Landtag in den Landauer Stadtrat getragen werde. Abstrakt werde nie genug gespart, wenn es aber konkret werde sei jede einzelne Maßnahme falsch. Auch CDU und FDP hätten im Landtag für die Schuldenbremse des Landes gestimmt. In den letzten 10 Jahren seien jährlich jeweils rund 12 Millionen Euro in die Feuerwehren geflossen. Auch in den beiden kommenden Jahren würden immer noch 8 Millionen Euro verbleiben.

Wenn der Antrag die Intention habe, auf die nicht ausreichende Finanzausstattung hinzuweisen, dann müsse man genauso die Steuerbeschlüsse des Bundes kritisieren, die Kommunen jährlich den zehnfachen Betrag koste. Hierzu höre man kein Wort, das sei inkonsequent. Er sei der Auffassung, dass dieses Thema willkürlich gegriffen worden sei. Die SPD-Stadtratsfraktion werde dieser Resolution nicht zustimmen.

Ratsmitglied Schröer schloss sich den Ausführungen von Herrn Dr. Ingenthron an. Auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne die Resolution ab.

Der Vorsitzende erklärte, dass auch er der Resolution nicht zustimmen werde. Es sei ohne Zweifel, dass das Land uns in den letzten Jahren unterstützt habe. Natürlich habe man sich mehr gewünscht, andererseits sei unsere Feuerwehr insgesamt gut ausgestattet. Gewünscht hätte er sich, dass man an die Standards beim Brandschutz gehe. Hier könne man richtig sparen.

Ratsmitglied Marquardt machte deutlich, dass diese Steuer von den Bürgern gezahlt würde und die Einnahmen daraus zweckgebunden seien. Wenn der Bedarf vorhanden sei, dann müsse aus dem Aufwand auch weiter gezahlt werden. Gebe es den Bedarf nicht mehr, dann müsse man die Steuer senken oder ganz aufheben. Der Antrag der drei Fraktionen mache durchaus Sinn, um dem vorhandenen Investitionsstau zu begegnen.

Die UBFL-Stadtratsfraktion werde der Resolution zustimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 21 Ja- und 20 Nein-Stimmen:

Die im Landtag von Rheinland-Pfalz vertretenen Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden aufgefordert, den Gesetzentwurf, mit dem die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer teilweise ausgesetzt wird, abzulehnen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Weiterführung der Ausbildung von Musiklehrern an der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 5. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröer begründete den Antrag. Die Studenten des musikwissenschaftlichen Instituts seien mit ihrer Sorge an die Fraktion herangetreten. Es sei wichtig, dass eine solide Ausbildung von Musiklehrern erfolgen könne. Musik führe auch zu einer Verbesserung der Sozialkompetenzen von Schülern und sei eine Bereicherung im kulturellen Bereich. Daher sei es wichtig, die Ausbildung von Musiklehrern am Campus Landau zu erhalten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die Verwaltung diesen Antrag nicht unterstützen könne. Im Gegensatz zum Laborgebäude gehe es hier um eine universitätsinterne Angelegenheit. Man sollte sich hier als Stadt nicht in Angelegenheiten der Universität einmischen. Er habe durchaus Verständnis für das Anliegen. Auch die Universität müsse sich an die Decke strecken und konzentriere sich auf den Kunstbereich hier in Landau. In der Übergangszeit werde es für die Studenten schwierig sein, danach werde man sich einfach für einen Studienort entscheiden.

Ratsmitglied Lerch begrüßte für die CDU-Stadtratsfraktion diese Initiative nachhaltig. Er halte es für gut, wenn das musikwissenschaftliche Institut erhalten bliebe. Gleichwohl teile er die Auffassung des Oberbürgermeisters, dass man sich nicht in Angelegenheiten der Universität einmischen könne. Man würde es begrüßen, wenn Adressat dieser Resolution die Landesregierung wäre mit dem Hintergrund, die Universität besser mit Finanzmitteln auszustatten. Wenn man die Resolution in dieser Weise ergänzen könne, könnte die CDU-Fraktion diesem Antrag zustimmen.

Ratsmitglied Prof. Leiner erklärte, dass er der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen in der Sache ohne Einschränkungen recht geben könne. Man sei sich einig, dass die Schließung des Musikinstituts ein Verlust für die Stadt sei. Deshalb sei es zweifellos richtig, sich als Fraktion auch so zu äußern. Man folge aber als SPD-Stadtratsfraktion den Argumenten des Oberbürgermeisters, dass es sich hier um eine interne Entscheidung der Universität handle. Daher werde man, obwohl man im Kern dafür sei, gegen den Antrag stimmen.

Der Vorsitzende ging auf die Ausführungen von Herrn Lerch ein. Es sei ein durchschaubares Spiel. Man wisse, dass gespart werden müsse und schlage sich aber bei der erstbesten Gelegenheit, auf die Seite der Betroffenen. Dies sei einfach Politik um der Landesregierung ans Bein zu treten. Letztendlich sei dies ein schäbiges Theaterspiel.

Ratsmitglied Lerch wies den Vorwurf eines schäbigen Theaterspiels nachdrücklich zurück. Er könne gerne alternative Sparvorschläge benennen. Es sei ein Antrag an die Grünen, ob diese den Adressaten der Resolution ändern würden. Wenn nicht, dann gebe man zu Protokoll dass man als CDU-Fraktion als Adressaten die Landesregierung sehe.

Ratsmitglied Silbernagel war erstaunt, dass die sogenannte Bildungsoffensive des Landes in solchen Kürzungen münde. Für diese Streichung habe man keinerlei Verständnis. Die Resolution sei daher in Ordnung. Er finde es bemerkenswert, dass dieser Antrag von den Grünen komme. Sinnvoll seien auch die Ergänzungen der CDU. Aus den genannten Gründen stimme die FDP-Stadtratsfraktion dieser Resolution zu.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass das Land andere Möglichkeiten hätte, um zu sparen. Sie erinnere nur an das Stichwort Nürburgring. Dies wäre eine Hausaufgabe, wo das Land sparen könne. Aber bitte nicht an der Musik. Es wäre von der Sache her gut, dass dieser Musikzweig hier in Landau erhalten werde. Man habe hier schon für wesentlich unwichtigere Dinge Resolutionen verabschiedet.



Es sei sicherlich sinnvoll, diese Resolution auch an die Landesregierung zu richten. Die Begründung, man mische sich nicht in die internen Belange der Universität ein, sei lächerlich. Es sollte für diese in der Sache sinnvolle Resolution eine breite Mehrheit geben. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass er den Vorwurf „schäbiges Spiel“ nicht für angebracht halte. Es gehe hier immerhin um Bildung. Er halte es für angebracht, den angehenden Grundschullehrern diese Musikausbildung mit anzubieten. Der Wille zu Sparen sei ja an sich in Ordnung. Dann dürfe man aber nicht ständig die Bildung so hoch halten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man jetzt gerne eine landespolitische Debatte führen könne. Er bleibe dabei, dass es schäbig sei, wenn man offensichtliche Erfolge der Landesregierung gerade in der Bildungspolitik über viele Jahre nicht anerkenne. Das werde alles nicht gesehen. Jeder sei theoretisch für die Schuldenbremse, nur wenn es politisch nicht passe sei man dagegen. Das Land gebe nicht vor, wo gespart werden müsse. Dies entscheide die Universität, indem sie in Landau die Kunst und in Koblenz die Musik stärke.

Ratsmitglied Lerch gab zu Protokoll, dass für die CDU-Stadtratsfraktion Adressat die Landesregierung sei.

Ratsmitglied Schröer ergänzte darauf hin die Resolution dahingehend, dass sie sowohl an die Hochschulleitung als auch an die Landesregierung geschickt werden soll.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 24 Ja,- 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

Der Rat der Stadt Landau hält eine adäquate Weiterführung der Ausbildung von Musiklehrern für alle Schularten (Grundschule, Förderschule und insbesondere an Realschule Plus) an der Universität Koblenz-Landau, CAMPUS LANDAU, für notwendig und lehnt Sparmaßnahmen in diesem Bereich für Landau und Rheinland-Pfalz ab.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ergänzung der Ausschreibungskriterien für die Vergabe der Stromlieferungen um das Merkmal "aus 100% erneuerbarer Energien"

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder begründete den Antrag. In Rheinland-Pfalz sei der Energiemarkt in Bewegung gekommen. Die Verträge würden zwar erst in einiger Zeit auslaufen. Es sei dennoch sinnvoll, dass man ein gezieltes Signal an den Markt setze für erneuerbare Energien.

Ratsmitglied Dr. Kopf erinnerte daran, dass es vor ca. 2 Jahren schon einmal solch einen Antrag der Grünen gegeben habe. Damals sei die Preisspanne zwischen Ökostrom und herkömmlichem Strom noch viel größer gewesen. Die Marktlage habe sich mittlerweile geändert. Die Preisspanne sei nur noch minimal, so dass es vertretbar sei eine solche Beschaffungsstrategie zu fahren. Auch vergaberechtlich sei dies seit einigen Monaten zulässig. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag zu, verbinde dies aber mit der Bitte an die Verwaltung, mit der ADD Kontakt aufzunehmen, um zu klären wie die Sach- und Rechtslage dort eingeschätzt wird.

Ratsmitglied Kautzmann sah die Ausführungen von Herrn Dr. Kopf als Knackpunkt. Es sei in der Tat die Frage, ob man frei sei in der Entscheidung. Vielleicht wäre es denkbar, alternativ auszuschreiben und dann zu entscheiden. Er sei auch offen dafür, es von der ADD prüfen zu lassen und dann erst zu entscheiden. Die haushaltsrechtlichen Fragen müssten in jedem Fall vor einer Entscheidung geklärt werden.

Ratsmitglied Freiermuth sah dies als frommen Wunsch. Es müsse aber wirtschaftlich Sinn machen. Wenn man hier eine Lösung finde, wäre dies durchaus vorstellbar.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass Strom aus nicht abgeschrieben Ökostromanlagen teurer sei als herkömmlicher Strom und zwar nicht nur minimal. Differenziert ausschreiben könne man nicht. Das GML schätze die Mehrkosten beim Bezug von Ökostrom auf 50.000 Euro. Als Haushaltsdezernent müsse er diesen Antrag mit Blick auf die Mehrkosten ablehnen. Da es sich um einen Prüfauftrag handle, schlage er vor den Antrag in den Werksausschuss zu verweisen.

Herr Götz erklärte, dass die derzeitigen Stromlieferungsverträge erst 2013 auslaufen. Insofern habe man das ganze Jahr 2012 Zeit, dies entsprechend zu prüfen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. November 2011, die Ausschreibungskriterien für die Vergabe der Stromlieferungen um das Merkmal „aus 100 % erneuerbarer Energie“ zu ergänzen, wird zur weiteren Beratung in den Werksausschuss GML verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Einrichtung einer Lenkungsgruppe zum Haushalt

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 24. November 2011, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Schröder begründete den Antrag. Gerade die Art und Weise des Zustandekommens des Sparpakets im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds habe die Grünen veranlasst, diesen Antrag zu stellen. Mit der Einrichtung einer Lenkungsgruppe könne sichergestellt werden, dass die Einsparpotentiale langfristig auf eine sinnvolle, nachhaltige und transparente Basis gestellt werden können. Somit könne man den Entschuldungsfonds langfristig sichern. Das hier vorliegende sei ein Flickenteppich an Maßnahmen. Gerade beispielsweise die Einsparungen bei der präventiven Maßnahme Elternbesuchsdienst werde zu Mehrausgaben im Bereich der Jugendhilfe führen. Dies sei ein typisches Beispiel dafür, dass viele Dinge nicht durchdacht seien.

Der Vorsitzende entgegnete, dass man zwischen Beratungen zum Kommunalen Entschuldungsfonds und den regulären Haushaltsberatungen unterscheiden müsse. Die regulären Haushaltsberatungen würden von der Verwaltung vorbereitet. Bei den Haushaltsberatungen würden stets die Fachämter hinzugezogen. Eine Diskussion in einer Lenkungsgruppe sei sicherlich nicht zielführender als die bisherigen Beratungen im Ältestenrat.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron nannte grundsätzlich jeden Vorschlag erfreulich, der dazu beitrage im Zuge der Haushaltsberatungen zu weiteren Konsolidierungserfolgen zu kommen. Tabulos, wie im Antrag der Grünen bezeichnet, heiße dann aber in der Konsequenz dass alles auf den Prüfstand müsse. Man wolle den Antrag aber nicht von vorneherein ablehnen. Er schlage deshalb vor, den Antrag in den Ältestenrat zu verweisen und im Zuge der Haushaltsberatungen weiter zu beraten.

Ratsmitglied Morio stellte fest, dass die hier eingeforderte Lenkungsgruppe bereits bestehe und Ältestenrat heiße. Dort würden genau die Mitglieder sitzen, die jetzt in diesem Antrag angemahnt werden. Er halte daher diese Lenkungsgruppe für überflüssig.

Ratsmitglied Volkhardt erklärte, dass diese hier vorgeschlagene Lenkungsgruppe aus 25 Personen bestehen würde. Dies wäre nicht effizient. Die Grünen müssten die Frage beantworten, wie viele Arbeitsgruppen man den Ehrenamtlichen noch zumuten wolle. Gerade bei den Beratungen zum Kommunalen Entschuldungsfonds habe sich gezeigt, dass kleine Gruppen höchst effektiv arbeiten würden. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ab.

Ratsmitglied Silbernagel schloss sich den Ausführungen von Herrn Volkhardt an. Auch er halte den bisherigen Weg für richtig. Weitere Gruppen würden das ganze nur in die Länge ziehen. Die FDP-Stadtratsfraktion lehne den Antrag ebenfalls ab.

Ratsmitglied Dr. Migl hatte durchaus Verständnis für die Verärgerung der Grünen im Hinblick auf die Beratungen zum Kommunalen Entschuldungsfonds. Sie sei aber auch der Meinung, dass viele Elemente die hier gefordert würden, bereits im Ältestenrat praktiziert werden. Die recht offene Diskussion im Ältestenrat sei bisher recht wirksam und zeitsparend gewesen. Sie sehe daher keine Notwendigkeit für eine solche Lenkungsgruppe.

Der Vorsitzende ergänzte, dass man derzeit ohnehin dabei sei, das Berichtswesen zu verbessern und künftig auch während des Jahres den Rat über die aktuelle Haushaltsentwicklung zu informieren.

Ratsmitglied Ellinghaus machte deutlich, dass man nicht das bisherige Verfahren kritisieren wolle. Insofern sei der Antrag wohl falsch interpretiert worden. Wenn man sich aber die nackten Zahlen ansehe, dann erkenne man die katastrophale Situation der städtischen Finanzen. Diese katastrophale



Situation werde aber nicht ansatzweise angegangen. Es gehe daher den Grünen darum, ein Gremium zu installieren, das sich vom Ansatz her grundsätzliche Gedanken mache. Er selbst habe ja auch kein Patentrezept, wie man grundsätzlich etwas ändern könne. Sicher sei nur, dass man nur mit Peanuts nicht weitermachen könne.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man die grundsätzlichen Probleme nicht lösen werde, wenn man nicht an die großen Blöcke, insbesondere den Bereich Jugend und Soziales gehe. Er stimme ja der grundsätzlichen Beurteilung durchaus zu, aber ohne Hilfe von außen werde man es nicht schaffen. In der Zielsetzung sei man sich ja einig. Er schließe sich dem Vorschlag der SPD-Fraktion an, den Antrag in den Ältestenrat zu verweisen und im Rahmen der Haushaltsberatungen Anfang Januar zu beraten. Dort könne man beraten, wie man das bisherige System vielleicht optimieren könne. Er sei da offen, es müsse aber praktikabel sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion auf Einrichtung einer Lenkungsgruppe zum Haushalt wird in den Ältestenrat verwiesen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Wirtschaftsplan 2012 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 23. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Der hier vorliegende Wirtschaftsplan sei der bisher schwerste in seiner 12-jährigen Zeit als Geschäftsführer der Stadtholding. Man wisse ein Defizit von fast 2,3 Millionen Euro aus. Es bestehe die Erwartung, dass das Defizit durch eine Ausschüttung der Energie Südwest ausgeglichen werde. Im Wirtschaftsplan finde sich das neue Geschäftsfeld „Vermietung und Verpachtung von Liegenschaften“. Man plane den Bau einer neuen Kindertagesstätte mit einem Aufwand von rund 2,3 Millionen Euro in einem Bestandsgebäude in der Cornichonstraße. Das höhere Defizit habe zum einen mit gestiegenen Energiekosten und höheren Personalkosten zu tun. Es gebe gemeinsam mit dem Aufsichtsrat die Selbstverpflichtung dieses Defizit im operativen Vollzug zu minimieren.

Gerade weil das Ergebnis der Energie Südwest im Hinblick auf die Ausschüttung der Dividende wichtig sei, habe man das Thema Geothermiekraftwerk aktiv auf die Agenda der Energie Südwest gesetzt. Es gehe nicht nur um die seismischen Probleme der Geothermieanlage, sondern auch um die wirtschaftliche Komponente. Nach heutigem Stand wäre ein weiterer Zuschussbedarf von Seiten der Energie Südwest an die geoX notwendig. Dies bedeute im Ergebnis weniger Dividende für die Stadt.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass sich die UBFL-Stadtratsfraktion enthalten werde. Grund sei, dass die Stadtholding abhängig sei von der Dividendenausschüttung der Energie Südwest. Ihm fehle hier eine zukunftsweisende Entscheidung zur Geothermie. Wenn diese Anlage nicht wirtschaftlich zu betreiben sei, müsse man möglichst zügig eine Entscheidung treffen. Die Dividendenausschüttung sei lebenswichtig für die Stadtholding.

Ratsmitglied Schröder war der Auffassung, dass die Stadtholding in die Betrachtung im Rahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds gehöre. Da dies von der Verwaltung allerdings aus dem Entschuldungsfonds herausgenommen wurde, könne die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Kopf stellte fest, dass es im Stadtrat eine große Einigkeit darüber gebe, dass es sinnvoll gewesen sei, die Stadtholding in dieser Form zu gründen. Ohne die ESW und die Stadtholding könnte man das LaOla und das Freibad nicht betreiben. Natürlich spiele aber auch die gesamtheitliche Betrachtung eine große Rolle. Es stelle sich die Frage, ob man sich diese großen Verlustbringer noch leisten könne. Jedem Mitglied des Aufsichtsrates sei bewusst, dass man nicht mit den Spenderhosen durch die Stadt laufen könne. Beim LaOla sei es beispielsweise wichtig, den Bestand zu erhalten. Man habe aber kein Geld um die Attraktivität der Freizeiteinrichtungen noch weiter zu erhöhen.

Zur Geothermie sei immer ausführlich und so transparent wie möglich berichtet worden. Bei der Entscheidung zur Zukunft der Geothermie gebe es keine einfachen Antworten und sicherlich auch keine schnellen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Wirtschaftsplan zu.

Ratsmitglied Kautzmann bestätigte die Ausführungen von Herrn Dr. Kopf. Hervorheben wolle er, dass nirgends so wirtschaftlich gearbeitet werde wie bei der Stadtholding. Die Ergebniszahlen würden dies bestätigen. Die damalige Lösung mit der Energie Südwest sei ein Glücksfall gewesen. Er danke allen Mitarbeitern der Stadtholding für die geleistete Arbeit. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Wirtschaftsplan zu.

Ratsmitglied Volkhardt sah es außer Frage, dass es für die Geothermie eine Lösung geben müsse. Es gebe ja Vorschläge und man sei auf einem Weg eine Lösung zu finden. Die Stadtholding leiste sehr viel in den verschiedenen Sparten. Im Aufsichtsrat habe man sich verständigt, den Saunabereich im



LaOLA nicht um eine weitere Sauna zu erweitern. Auch hier werde gespart. Aus den genannten Gründen stimme auch die FWG-Stadtratsfraktion dem Wirtschaftsplan zu.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die Stadtholding eine gute Arbeit mache. Es sei nicht einfach mit Einrichtungen, die nicht ertragsbringend seien. Der städtische Haushalt könne dies nicht leisten. Die Gelder würden richtig eingesetzt und der Bürger spüre auch was von den Entscheidungen. Bestes Beispiel sei das LaOLA, das über die Grenzen Landaus hinaus bekannt sei. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage ebenfalls zu.

Ratsmitglied Dr. Bals wollte wissen, ob es eine Einzelaufstellung für die Geschäftsfelder Altes Kaufhaus, Festhalle und Messegelände gebe.

Bürgermeister Hirsch erläuterte, das die Festhalle rund 600.000 Euro Defizit machen werde, das Alte Kaufhaus rund 150.000 Euro und der Messebereich etwa 40.000 Euro.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja, - 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2012 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:

1. Erfolgsplan	T€	T€
Summe der Erträge		
- Betriebserträge	3.164	
- Zuwendungen	70	
- sonstiger Ertrag	55	
- Ergebnisübernahme	<u>2</u>	3.291
Summe der Aufwendungen		
- Betriebsaufwand	5.551	
- Finanzaufwand	<u>29</u>	5.580
Gesamtergebnis 2012	T€	-2.289

2. Vermögensplan 2012

Summe der Einnahmen	5.621
Summe der Ausgaben	5.621

3. Stellenübersicht



	Stellen 2011	Stellen 2012	Stand 30.09.11
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	36,70	37,70	33,88
Gesamt	37,75	38,75	34,93
Nachrichtlich:			
Azubis/BA-Studenten	8,00	9,00	9,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00

4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)

4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.000 T€ festgelegt.

4.1 b) Kreditbedarf

entsprechend Vermögensplan 2012

T€

4.119 ***

*** rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus ESW-Zuzahlungsvereinbarung + Dividenden.

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

4.2 Finanzplan 2013 – 2017



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Kommunaler Entschuldungsfonds (KEF) Rheinland- Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 30. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Man sei am Beginn eines Weges und nicht am Ende. Angesichts von bundesweit über 2 Billionen Euro Schulden, seien die Landauer Probleme relativ klein. Gleichwohl liege der Anteil der Liquiditätskredite in Landau bei aktuell 78 Millionen Euro. Per Saldo kommen pro Monat 1 Million Euro dazu. Den meisten kreisfreien Städten helfe der Entschuldungsfonds nicht wirklich, aber er sei ein kleiner Hoffnungsschimmer. Im Grunde sei es wie mit einem Dampfer im Sturm auf hoher See. Oben auf Deck schöpfe die Mannschaft, während im Maschinenraum das Leck nicht zu schließen sei. Mit dem Entschuldungsfonds beschließe man Operationen an Deck. Wenn man aber an die Probleme in Deutschland ernsthaft rangehen wolle, dann müsse man auch im Maschinenraum ran. Man sei angewiesen auf ein rettendes Schiff, das uns in den Hafen zieht. Alleine werde man es nicht schaffen. In 15 Jahren werde man durch die Maßnahmen des Kommunalen Entschuldungsfonds 41 Millionen Euro getilgt haben. Mittlerweile gelten auch Kommunen als insolvenzfähig. Man könne über alle Maßnahmen trefflich streiten, das ungerechteste wäre aber es soweit kommen zu lassen wie in Griechenland. Einen Verzicht auf die Verbesserung von 41 Millionen Euro könne man sich gar nicht leisten.

Weil dem so sei, müsse man jährlich 1,2 Millionen Euro als eigenen Konsolidierungsbeitrag erbringen. Er sei zu Beginn der Diskussion zum Kommunalen Entschuldungsfonds nicht begeistert gewesen. Aber es stelle sich die Frage, was die Alternative zur Teilnahme am Entschuldungsfonds wäre. Die Alternative wäre, dass man dann einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen müsse. Das könne man nicht. Denn dann müsse man über andere Summen als 1,2 Millionen Euro reden. Hier dürfe man den Blick vor den Realitäten nicht verschließen.

In den eingehenden Beratungen hätten alle Bereiche ohne Ausnahme zur Diskussion gestanden. Das Einsparpotential in den Haushaltsberatungen der letzten Jahre sei deutlich weniger gewesen. Im konsumtiven Bereich sei es noch nie gelungen, vergleichbare Ergebnisse zu erzielen. Natürlich würden auch Steuern erhöht, das müsse man den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen. Er sei der Meinung, es sei einmalig was hier geschafft wurde. Spaß mache das keinen, aber wer Spaß wolle soll Showmaster werden. Der vorgelegte Vorschlag verteile die Lasten. Ausdrücklich danke er dem Stadtvorstand für die faire Diskussion und den einvernehmlichen Vorschlag, sowie der Verwaltung für die geleistete Arbeit und auch bei denen, die innerhalb der Verwaltung Lasten zu tragen haben. Insgesamt würden 7 Stellen eingespart. Es werde dabei keine betriebsbedingten Kündigungen geben, sondern sozialverträgliche Lösungen.

Im konsumtiven Bereich gehe es uns nicht gut, auf der anderen Seite erlebe man eine Stadt, die sich prächtig entwickle und die blühe. Die Gewerbesteuer boome, in diesem Jahr auf 20 Millionen Euro. Es seien 50 000 qm im Gewerbepark D 9 verkauft worden. Die IHK bezeichne Landau als den Musterknaben im Süden. Auch die Konversion sei gut geworden, Landau habe fast 44 000 Einwohner. Dies sei die positive Seite, gleichwohl müsse man ran an den Konsum. Er appelliere an alle Bürger, dieses Paket ernsthaft zu wägen. Demokratie könne nicht bedeuten, es immer allen recht zu machen. Er danke auch der Presse für die konstruktive Begleitung. Es führe zu nichts, wenn man Maßnahmen die angegangen werden, immer auf den Prüfstand stelle. Die Erhöhung der Grundsteuer, der Hundesteuer und der Parkgebühren seien immer noch im Rahmen. Auch im Hinblick auf den Haushalt 2012 werde man sich nicht aus der Verantwortung stehlen können. In einer Demokratie brauche man auch Augenmaß und Hartnäckigkeit. Man müsse die Menschen ernst nehmen und ihnen offen und ehrlich sagen, was man nicht mehr tun könne. Ernst nehme man Menschen, wenn man ihnen reinen Wein einschenke. Dann könne man diskutieren und sich reiben, aber am Ende müsse eine Entscheidung stehen. Man sei nicht am Ende, sondern am Beginn eines Weges. Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds sei man aber auf dem Weg.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion der Sitzungsvorlage zustimme. Man trage die gemeinsam erarbeiteten Kürzungen und Mehreinnahmen mit. Er wolle deutlich sagen, dass man nicht Spare um des Sparens willen, sondern um eine Generationengerechtigkeit zu erreichen. Einen bankrotten Staat können sich nur Reiche leisten. Der SPD-Fraktion gehe es darum, als Stadt das



Heft des Handelns in der Hand zu behalten. Die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds sei zwingend, alles andere wäre fahrlässig. Der Kommunale Entschuldungsfonds sei keine Notbremse, sondern allenfalls ein kleines Sandbänkchen. Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds baue man einen Teil der Altschulden ab. Angesichts von 65 Millionen Euro Altschulden habe er den Eindruck, dass es noch nicht bei allen Bürgern angekommen sei, wie prekär die Lage sei. Während man Altschulden abbaue, häuften sich während der Laufzeit des KEF 200 Millionen Euro neue Schulden auf. Die Beratungen im Ältestenrat zum KEF seien sehr sachorientiert gewesen, alles sei auf den Prüfstand gekommen. Der SPD-Fraktion sei es wichtig gewesen, mehr zu erbringen als erforderlich. Dies sei gelungen. Nicht alle der beschlossenen Maßnahmen seien KEF-relevant. Weiter sei es der SPD darum gegangen, dass der Anteil der Kürzungen gleich groß sein sollte wie die Verbesserung der Einnahmen. Schließlich sei es der SPD noch wichtig gewesen, alle Bereiche anzugehen. Man habe sich nur angesehen, was man sich auch ansehen könne. Vom jährlichen Haushaltsvolumen von 108 Millionen Euro seien nur 8 Millionen Euro freiwillige Leistungen. Die größten Brocken sei hier die Volkshochschule und das Archiv und Museum. Dann komme der Bereich Soziales, in dem man auch Streichungen im Bereich der freiwilligen Leistungen vornehmen müsse. Von den 108 Millionen Euro Haushaltsvolumen seien alleine 60 % Sozialetat.

Natürlich gebe es bei jeder Maßnahme, bei der Einsparungen beschlossen werden, gute Gründe es nicht zu machen. Aber das helfe nicht weiter.

Bei den Mehreinnahmen sei eine breite Bevölkerungsschicht betroffen, in dem sowohl Autofahrer als auch Grundstücksbesitzer mehr zahlen.

Als Stadtrat dürfe man sich einer Überprüfung von städtischen Einrichtungen nicht verschließen. Man müsse ständig den Haushalt und damit auch einzelne Einrichtungen auf den Prüfstand stellen. Das gelte vorliegend auch für die Grundschule Arzheim.

Bei der Grundschule Arzheim gehe es um die Entwicklung der Schülerzahlen, um die Höhe von Schülerbeförderungskosten bei Verlagerung an eine andere Grundschule und schließlich um erforderliche Investitionen beim Erhalt der Grundschule Arzheim.

Auf dieser Zahlenbasis wolle man dann eine sinnvolle und sachgerechte Entscheidung treffen.

Im gesamten sehe man als SPD-Stadtratsfraktion gar keine andere Möglichkeit, als dem Beitritt zum Kommunalen Entschuldungsfonds zuzustimmen.

Ratsmitglied Morio zitierte aus dem Bericht des Jahres 2010 des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz, aus dem hervorgehe, dass die finanzielle Lage der rheinland-pfälzischen Kommunen desolat sei. Aus Sicht der CDU-Stadtratsfraktion sei der Kommunale Entschuldungsfonds ein Schritt in die richtige Richtung, aber nur ein kleiner Schritt. Das Land trage bei diesem Entschuldungsfonds nur ein Drittel der Lasten. Dem Entschuldungsfonds mangle es außerdem an Nachhaltigkeit, da er nicht mit strukturellen Änderungen bei den kommunalen Finanzen verbunden sei. Den Kommunen würden weiter von oben Lasten aufgebürdet, die sie nicht beeinflussen könnten. Die CDU-Fraktion werde dennoch dem Teilnahmebeschluss heute zustimmen. Um das Ziel des Eigenbeitrags von 1,2 Millionen Euro zu erreichen, habe die Verwaltung ursprünglich nur die Einnahmen erhöhen wollen. Hiermit sei die Koalition aus CDU, FWG und FDP nicht einverstanden gewesen und habe gefordert, Einnahmen und Ausgaben gleichermaßen zu betrachten. Die jetzt gefundene Lösung sei insgesamt ausgewogen, angemessen und sozial verträglich. Einsparungen gebe es insbesondere auch beim Personal der Verwaltung. Hier sei es der CDU-Fraktion wichtig gewesen, dass der Personalabbau ohne Entlassungen vollzogen werden könne. Das Ziel, dass die Kosteneinsparungen höher sind als die Steigerung der Einnahmen habe man nicht erreicht. Daher sei man nicht ganz zufrieden. Wenn man nicht gegensteuere, werde man nach dem Kommunalen Entschuldungsfonds schlechter da stehen als vorher. Daher seien weitere Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung notwendig. Hierauf werde man bei den Beratungen des Haushalts 2012 ein besonderes Augenmerk legen. Man sei hier erst am Beginn eines Weges. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Schröer unterstrich, dass die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion für die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds aber gegen das Sparpaket stimmen werde. Die Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds sei sicherlich sinnvoll, aber eben auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der Schuldenberg werde nur minimal eingegrenzt. Jeder seriösen Maßnahme zur Einsparung von Kosten werde man zustimmen. Daher begrüße man ganz ausdrücklich die



Maßnahmen zur Personalreduzierung. Alle anderen vorgeschlagenen Maßnahmen stünden nicht im Einklang mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds. Man hätte wenige Maßnahmen nehmen sollen und vor allem Maßnahmen, die adäquat zum Haushaltsvolumen stehen. Wenn man bei den ursprünglichen Planungen zur Grundsteuer B, zur Hundesteuer und den Parkgebühren geblieben wäre, hätte man den Kommunalen Entschuldungsfonds locker schaffen können. Stattdessen habe man nun einen bunten Blumenstrauß von einzelnen Maßnahmen, die den Kommunalen Entschuldungsfonds nicht dauerhaft sichern würden. Mit dem heutigen Beschluss werde dem Stadtvorstand eine Blankovollmacht erteilt, für den Fall dass die Aufsichtsbehörde die Maßnahmen als nicht ausreichend ansieht. Man sei hier den Weg des politisch geringsten Widerstands gegangen und habe kein seriöses Fundament geschaffen. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Man sei bitter enttäuscht, dass ein Teil der Stadtratsfraktionen ausgeschlossen worden sei.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass er den Kommunalen Entschuldungsfonds als Licht am Ende des Tunnels bezeichnet habe. Aus diesem Licht sei nun zumindest eine Weihnachtskerze geworden. Dies deshalb, weil man mehr erreicht habe als gefordert gewesen sei. Dies sei für die FWG ein Signal zum Aufbruch in die richtige Richtung. Die Reduzierung des Kassenkredits um 41 Millionen Euro in 15 Jahren sei kein Pappentier. Eine Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds habe für die FWG-Stadtratsfraktion nie in Frage gestanden. Um nachhaltige Einsparungen zu erreichen, müsse man dahin gehen, wo es weh tue. Das Einsparpotential beschränke sich auf die freiwilligen und die gesetzlich nicht normierten Ausgaben. Den Kommunen würden jährlich neue Aufgaben und Ausgaben unter Missachtung des Konnexitätsprinzips aufgebürdet. Mit der Erhöhung der Einnahmen über die Grundsteuer und die Parkgebühren greife man den Bürgern in die Tasche. Es habe sich in den Beratungen gezeigt, dass bei den Einsparungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich sei. Für die Zukunft gebe es aber noch einiges an Einsparpotential. Die FWG sei bereit, den harten Weg des Sparens mitzugehen, sofern es dafür eine breite Mehrheit gebe. Sowohl das Land als auch die Kommunen bräuchten einen langen Atem, 15 Jahre seien eine lange Zeit. Die FWG-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Silbernagel teilte mit, dass die FDP-Fraktion sehr kontrovers über die Vorlage diskutiert habe und unterschiedlich abstimmen werde. Bei der FDP gebe es keinen Fraktionszwang. Der vom Land aufgelegte Kommunale Entschuldungsfonds könnte von der FDP eigentlich abgelehnt werden. Es sei ihm aber bewusst, dass die Kommunen noch dringender als in der Vergangenheit sparen müssten. Allerdings müsse auch jedem klar sein, dass das Land mit dem Entschuldungsfonds in die kommunalen Haushalte hineinregiere. Würde man aber nicht daran teilnehmen, hätte man noch mehr Nachteile. Es sei ihm bewusst gewesen, dass man auch bei vielen lieb gewonnenen Leistungen den Rotstift ansetzen musste. Dies sei leider nur zu einem Teil gelungen. Bei der Aufwandsseite habe man ca. 550.000 Euro Einsparungen erzielt, bei der Ertragsseite Mehreinnahmen von ca. 870.000 Euro. Die Einschnitte im sozialen Bereich, im Archiv und Museum, der Volkshochschule und auch dem Personalbereich seien harte Entscheidungen, die nicht leicht gefallen und mit der geballten Faust in der Tasche getroffen worden seien. Gerade die Steuererhöhungen würden den Liberalen sehr schwer fallen.

Es sollte jedem klar sein, dass der KEF keine ganzheitliche Lösung für die kommunalen Finanzen darstelle. Solange die Landesregierung mit Wohltaten durch das Land ziehe, werde es keine nachhaltige Besserung der Finanzlage der Kommunen geben. Bestes Beispiel sei die Schulbuchausleihe, deren Kosten bei den Kommunen hängen blieben. Es fehle hier am Konnexitätsprinzip und auch an einer durchgreifenden Verwaltungsreform. Hier müsse viel mehr geschehen, bevor auch die letzten freiwilligen Leistungen gestrichen werden müssten. Eine Stadt lebe letztlich auch von freiwilligen Aufgaben. Die FDP-Stadtratsfraktion werde unterschiedlich abstimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl bezeichnete den Kommunalen Entschuldungsfonds als Mogelpackung. Man lehne ihn grundsätzlich ab. Es könne nicht sein, dass man einerseits Altschulden abbaue und auf der anderen Seite neue Schulden mache. Die Schuldenspirale gehe einfach weiter. Das Land sei selber hoch verschuldet. Auch die Leistungen des Landes zum Entschuldungsfonds seien kreditfinanziert. Nach wie vor werde versucht, viel Geld auszugeben. Bestes Beispiel sei die Landesgartenschau, die man auch günstiger machen könnte. Man brauche keine Fußgängerbrücke für 1,7 Millionen Euro. Es



sei ein Fehler im System, immer zu meinen man müsse viel beim Land beantragen um auch viel zu bekommen. Mit dem Kommunalen Entschuldungsfonds werde die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Im Grunde müsse eine ganz andere Finanzgesetzgebung her.

Sie bitte eindringlich darum, die Streichung des Zuschusses an ARADIA herauszunehmen. Dies sei ein verschwindend geringer Betrag. Der Zuschuss sei ein wichtiger Beitrag zur präventiven Arbeit. Eine Streichung des Zuschusses sei eine Ohrfeige für diese Arbeit. Es komme ihr vor wie eine Bestrafung, denn sachlich sei es nicht zu rechtfertigen.

Kritisch sehe sie auch die Grundsteuererhöhung, da diese letztlich auf die Mieter umgeschlagen werde. Die Mehrheit sei Mieter und nicht Grundstücksbesitzer in Landau.

Im Prinzip würden die Schulden nur hin und her verlagert, denn das Land habe auch kein Geld. Der Kommunale Entschuldungsfonds sei letztlich nicht ausreichend, da man ganz andere Wege gehen müsste. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er kein Problem damit habe, wenn die CDU Vorschläge mache. Dann könne man gerne darüber reden. Wenn man von härteren Maßnahmen spreche, dann gehe es auch um den Zoo, die Stadtbibliothek, den Jugendtreff Horst usw. Man müsse das dann aber auch öffentlich vertreten und es nicht mit einem Brief an die Verwaltung abtun. Er habe auch kein Problem damit, eine Verwaltungsreform auf den Weg zu geben. Aber dann müsse man auch den Widerstand vor Ort aushalten.

Zu den Ausführungen der UBFL fehle ihm das Verständnis. Es komme ihm so vor, dass sich die UBFL um Vorschläge herummogle, um keine Farbe bekennen zu müssen.

Er teile auch nicht die Auffassung, dass etwas wehtun müsse. Wehtun könne nicht Zweck einer Maßnahme sein, sondern nur das Ergebnis. Aber klar sei auch, man müsse in der Zukunft noch mehr Maßnahmen beschließen, als man es heute tue.

Ratsmitglied Schwarzmüller begründete ihre Ablehnung des Kommunalen Entschuldungsfonds. Die vorgesehenen Streichungen im Sozialbereich seien nicht nachhaltig. Folge der Streichungen werde sein, dass irgendwann an anderer Stelle wieder neue und höhere Kosten auflaufen. Wenn es schon wehtun solle, dann sollte es auch den Ratsmitgliedern selbst wehtun. Niemand wolle an die Sitzungsgelder und Aufwandsentschädigungen gehen. Jeder Ortsteil und die Stadt machen Neujahrsempfänge, die auch eine Unmenge an Geld verschlingen. Wenn man hier spare, sei man glaubwürdig.

Ratsmitglied Heuberger erinnerte daran, dass er schon bei den Haushaltsberatungen der letzten Jahre seine Bedenken wegen des Defizits vorgetragen habe. Nun sei man von der Realität eingeholt. Entschuldung beginne eigentlich damit, keine neuen Schulden zu machen. Wenn man die Probleme des Haushaltes angehen wolle, müsse man dorthin gehen, wo die Ursachen liegen. Eigentlich müsste man eine Demo in Mainz machen. Man dürfe sich mit der mangelhaften Finanzausstattung für die Erledigung der Pflichtaufgaben nicht zufrieden geben. Einsparungen könne man auch nicht mit Einnahmeerhöhungen definieren, Einsparungen heiße Kostenminderungen.

Ratsmitglied Dr. Kopf betonte, dass weitere Vorschläge herzlich willkommen seien. Man könne alles diskutieren, auch das Thema Aufwandsentschädigungen. Dies sei für ihn kein Tabu. Es sei immer klar gewesen, auch schon vor dem Antrag zur Ausrichtung der Landesgartenschau, dass das ehemalige Militärgelände in ein Wohngebiet umgewandelt wird. Die Landesgartenschau habe dies beschleunigt. Der Mehrheit des Rates sei die Entwicklung dieses Gebietes wichtig, weil man ein attraktiver Standort bleiben wolle. Es gebe angesichts der demographischen Entwicklung einen Wettbewerb um Einwohner, daher müsse man attraktiv bleiben. Die Landesgartenschau sei keine Blümchenschau, sondern eine Maßnahme der Stadtentwicklung.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. die Teilnahme der Stadt Landau in der Pfalz am Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (KEF-RP) zum 01.01.2012.**



2. **den Verzicht auf die Inanspruchnahme des niederschweligen Einstiegangebots, das im Rahmen der Fortschreibung des Leitfadens zum Kommunalen Entschuldungsfonds unterbreitet wurde.**

Der Stadtrat beschloss weiter mehrheitlich mit 33 Ja,- 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

3. **die in der Begründung näher dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen zur Erbringung des kommunalen Eigenanteils am Jahresanteil des KEF-RP.**
4. **die Verwaltung zu beauftragen, den Vertrag mit dem Land Rheinland- Pfalz, vertreten durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) als zuständige Aufsichtsbehörde, abzuschließen und die Konsolidierungsmaßnahmen umzusetzen. Dabei wird die Verwaltung ermächtigt, ggf. von der Aufsichtsbehörde geforderte Korrekturen im Rahmen der Vertragsgestaltung vorzunehmen.**

Des Weiteren beauftragt er die Verwaltung zeitnah Konzepte hinsichtlich

- **der Zukunft der Grundschule Arzheim im Rahmen der Entwicklung der Schülerzahlen**
- **der Optimierung des Raumbedarfs der Grundschulen Queichheim und Godramstein**
- **der Optimierung und Organisation des Personal- und Raumbedarfs der Ortsvorsteherbüros**

auszuarbeiten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Satzung über die Änderung der Realsteuerhebesätze sowie des Hundesteuersatzes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 2. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Schröer erklärte, dass man der Vorlage nicht zustimmen werde. Bei der Grundsteuer hätte man sich eine deutlichere Erhöhung gewünscht.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass die UBFL-Stadtratsfraktion der Vorlage ebenfalls nicht zustimmen werde. Die Erhöhung gehe zu Lasten der Mieter.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

die als Anlage beigefügte Satzung über die Änderung der Hebesätze für Grundsteuer A und B sowie des Steuersatzes für die Hundesteuer.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 30. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Zweckvereinbarung über die Durchführung von Verfahren des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (EWL) im Bereich Vollstreckung durch die Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 21. Oktober 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die in der Anlage beigefügte „Zweckvereinbarung über die Durchführung von Verfahren des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau (EWL), Anstalt des öffentlichen Rechts, nach den Bestimmungen der geltenden Vollstreckungsgesetze sowie nach dem Zwangsversteigerungsgesetz und der Insolvenzordnung durch die Stadt Landau in der Pfalz“ nach der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde abzuschließen. Die Verwaltung wird ermächtigt, mögliche noch von der Genehmigungsbehörde ADD geforderte redaktionelle Änderung umzusetzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Änderungssatzung "Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts" (EWL)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 3. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Satzung „Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts“ (EWL).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 7. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den als Anlage 1 beigefügten Entwurf einer Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung)



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Integrationskonzept der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 23. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Ein langer Weg habe eine weitere Zwischenetappe erreicht. 18 % der Mitbürgerinnen und Mitbürger in Landau hätten einen Migrationshintergrund. Im Zuge des demographischen Wandels werde sich dieser Anteil noch weiter erhöhen. Dies zeige, dass ein Integrationskonzept eine wesentliche Zukunftsaufgabe sei, auch wenn es keine wesentlichen Probleme gebe. Bei der Erarbeitung des Konzeptes habe man einen moderierten und offenen Prozess durchlaufen, bei dem jeder mitwirken konnte. Es seien 5 themenbezogene Arbeitsgruppen entstanden zu Sprache, Bildung, Interkulturelle Kompetenz, Atmosphäre und Arbeit. Das vorliegende Konzept sei ein Kompass für das Zusammenleben in unserer Stadt und zugleich auch ein Leitbild mit konkreten Handlungsanweisungen. Man sei nicht am Ende, sondern erst am Anfang eines Weges. Es müsse immer wieder überprüft werden, ob man Fortschritte in den einzelnen Themenfeldern erreiche. Dieses Integrationskonzept sei von Landauern für Landau entwickelt worden. Er hoffe, dass es heute Abend möglichst einstimmig verabschiedet werde.

Herr Tas betonte, dass die Mehrheit der Migranten friedliche Absichten habe. Dennoch werde es immer wieder Probleme und Konflikte geben. Wenn Menschen sich begegnen sei dies so. Es sei daher die Aufgabe der Gesellschaft, Rahmenbedingungen zu schaffen um Konflikte zu reduzieren. Integration sei keine Bringschuld der Migranten, sondern eine Bringschuld der Gesellschaft. Migranten müssten als gleichberechtigte Mitbürger gesehen werden. Im Mittelpunkt dürfe nicht die Herkunft oder die Religionszugehörigkeit der Migranten stehen, sondern deren Potentiale. Angesichts des demographischen Wandels brauche die Gesellschaft jeden. Natürlich sei die Erlernung der deutschen Sprache notwendig, allein mit der Sprache sei es aber nicht getan. Sprache sei nur ein Mittel zur Erreichung der Ziele. Sie sei aber elementare Voraussetzung dass Integration gelingen kann. Die Erstellung eines Integrationskonzeptes sei kein Selbstverständnis für eine Kommune. Der Stadtrat habe erkannt, dass die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein Vorteil für Landau sei. In einem offenen Prozess hätten interessierte Bürger an der Erstellung des Integrationskonzeptes mitwirken können. Insgesamt 50 Personen hätten in den verschiedensten Arbeitsgruppen davon Gebrauch gemacht. Das Konzept sei der Beginn eines Prozesses, den der Beirat für Migration und Integration begleiten werde. Er danke besonders Herrn Bürgermeister Hirsch, der mit viel Energie und Einsatz das Integrationskonzept und den Beirat unterstütze. Sein Dank gelte auch der Verwaltung.

Ratsmitglied Chillemi Jungmann begrüßte für die SPD-Stadtratsfraktion das Integrationskonzept. Das vorliegende Konzept sei ein erster Schritt, dass sich immer wieder ergänzen und aktualisieren werde. Die Begleitung durch Herrn Bürgermeister Hirsch habe dem ganzen Prozess gut getan. Das vorliegende Integrationskonzept sei nicht perfekt, sei nicht vollständig. Es sei sicherlich nicht das Ende, es ist was es ist. Bei diesen Prozessen sei der Weg das Ziel. Sie appelliere an alle, sich in diesen Prozess einzubinden. Die Arbeit an dem Konzept sei nicht immer konfliktfrei gewesen. Aber die Basis sei stark genug, um die weitere Arbeit zu stützen. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme der Sitzungsvorlage zu.

Ratsmitglied Berger erklärte, dass das vorliegende Integrationskonzept kein Konzept von der Stange sei. Es sei vielmehr ein Entwurf, an dem sich die Bürgerinnen und Bürger Landaus beteiligen konnten. Wichtig sei, dass sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in diesem Konzept wiederfinden. Ebenso wichtig sei, dass der Entwurf dieses Integrationskonzeptes ständig weiterentwickelt werde. Die CDU-Stadtratsfraktion stimme dem Integrationskonzept zu.

Ratsmitglied Herdel war der Meinung, dass eine effektive Integrationsarbeit für Landau von hoher Bedeutung sei. Integration sei ein Teil der Zukunft Landaus. Man wolle, dass dieses Konzept Schritt



für Schritt umgesetzt werde und nicht in der Schublade verschwinde. Dies werde Geld kosten. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimme dem Integrationskonzept zu.

Ratsmitglied Gauer lobte die professionelle und engagierte Arbeit aller Beteiligten, insbesondere der verschiedenen Arbeitsgruppen. Man habe einen breiten Konsens gefunden. Die FWG-Stadtratsfraktion werde dem Integrationskonzept ebenfalls zustimmen. Allerdings müsse man sich im klaren sein, dass man künftig für die Umsetzung des Konzeptes um erforderliche Haushaltsmittel ringen müsse.

Ratsmitglied Silbernagel fand es gut, dass die Stadt Landau nun ein Integrationskonzept habe. Es habe einige Zeit gedauert und es sei in den verschiedensten Arbeitsgruppen positiv gestritten worden. Er finde es auch gut, dass das Konzept nicht perfekt ist. Es verdiene weiter bearbeitet zu werden, da sich Umwelt und Menschen verändern würden. Die FDP-Stadtratsfraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte das vorgelegte Integrationskonzept. Der Prozess, der viele Menschen mitgenommen habe, sei sehr beeindruckend gewesen. Es sei Ziel gewesen, ein Konzept vorzulegen mit einem möglichst breiten Konsens. Natürlich sei dies erst ein Anfang und müsse noch konkreter werden. Dann werde man natürlich an das Thema Geld kommen, denn beispielsweise Sprachförderung koste Geld. Auch der Wohnraumsituation müsse mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die UBFL-Stadtratsfraktion stimme dem Integrationskonzept zu.

Der Vorsitzende unterstrich, dass man in Landau in einer offenen und toleranten Stadt lebe. Dies sei eine gute Voraussetzung, um Menschen in unserer Stadt zu integrieren.

Ratsmitglied Ludwig machte den Vorschlag, im Rahmen der Verleihung des Bürgerpreises beim Neujahrsempfang einen Verein auszuzeichnen der vorbildliche Integrationsarbeit leiste.

Der Vorsitzende nahm die Anregung für den Neujahrsempfang 2013 auf und regte auch an, jeweils die im Vorjahr zugezogenen Migrantinnen und Migranten besonders einzuladen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

das beigefügte Integrationskonzept.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Einziehung von Straßen gemäß § 37 des Landesstraßengesetzes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 1. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Teilfläche der Ostbahnstraße, Flurstück Nr. 5080/18, östlich der Schlachthofstraße, westlich des Grundstücks Ostbahnstraße 27, Flurstück Nr. 5118, gegenüber des Ostparks wird eingezogen. Die Fläche ist in beiliegendem Lageplan rot gekennzeichnet.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz "Froschau" im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D11 "Froschau", Endgültige Fassung, (Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und westlich der Autobahn A 65)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion gegen die Vorlage stimmen werde. Sorgen mache ihm der Kreuzungsbereich Kraftgasse und der immense Flächenverbrauch. Die Verkehrssituation für die Anwohner werde sich durch mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Abgase verschlechtern. Zudem kämen auf die Stadt enorme Kosten zu. Wenn man schon kein Geld habe und es sich nicht leisten könne, dann sollte man es auch nicht machen.

Ratsmitglied Schröer bekräftigte, dass sich auch die Grünen gegen den Kreisel positioniert hätten. Man brauche ein schlüssiges Verkehrskonzept für Landau. Ein vernünftiges Verkehrsleitsystem würde diesen Kreisel unnötig machen. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

- 1. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung der 13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom März 2011 entsprechend den in der als Anlage 2 beigelegten Synopse vom Mai 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 2. Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung der 13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 vom Juli 2011 entsprechend den in der als Anlage 3 beigelegten Synopse vom Oktober 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
- 3. Die 13. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 „Froschau“ in der Fassung vom Oktober 2011 wird als endgültige Fassung beschlossen und die Begründung gebilligt (Anlage 1).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

**Bebauungsplan D11 "Froschau" der Stadt Landau in der Pfalz, Satzungsfassung,
(Gebiet in der Gemarkung Queichheim, östlich der Kraftgasse, südlich der L 509 und
westlich der Autobahn A 65)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 31. Oktober 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 7 Nein-Stimmen:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes D11 „Froschau“ vom März 2011 entsprechend den in der als Anlage 2 beigefügten Synopse vom Mai 2011 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Vorentwurfsfassung des Bebauungsplanes D11 „Froschau“ vom März 2011 entsprechend den in der als Anlage 3 beigefügten Synopse vom Mai 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der förmlichen Offenlage nach § 3 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes D11 „Froschau“ vom Juli 2011 entsprechend den in der als Anlage 4 beigefügten Synopse vom Oktober 2011 niedergelegten Abwägungsvorschläge der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
4. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zur Entwurfsfassung des Bebauungsplanes D11 „Froschau“ vom Juli 2011 entsprechend den in der als Anlage 5 beigefügten Synopse vom Oktober 2011 niedergelegten Abwägungsvorschlägen der Verwaltung abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
5. **Der Bebauungsplan D11 „Froschau“ einschließlich der textlichen Festsetzungen und Hinweise wird in der Fassung vom Oktober 2011 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (Anlage 1).**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

**Vorhabenbezogener Bebauungsplan "C 17A - Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann",
Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Die Gemeinde stimmt dem Antrag des Vorhabenträgers (Herr Horst Ehrmann) vom 31.10.2011 über die Einleitung des Bebauungsplanverfahrens zu. Für das in der Anlage 1 umgrenzte Gebiet Lotschstraße Nr. 8 und 9 inkl. eines Teilstücks der Lotschstraße (siehe Anlage 1) wird zur Schaffung von Baurecht für die Erweiterung der Verkaufsfläche des Wohn- und Einrichtungshauses Ehrmann gemäß § 12 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 a BauGB und § 2 Abs. 1 BauGB der vorhabenbezogene Bebauungsplan „C 17A-Wohn- und Einrichtungshaus Ehrmann“ aufgestellt.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in der Begründung dargestellten Planungsziele und des vom Vorhabenträger erarbeiteten Vorentwurfs (Anlage 2) vorzunehmen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, den gemäß § 12 Abs. 1 BauGB mit dem Vorhabenträger abzuschließenden Durchführungsvertrag zur Planung und Erschließung des Vorhabens vorzubereiten.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Eintrittspreis erhöhungen im Zoo Landau in der Pfalz zum 01.01.2012

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Zoo vom 8. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Beigeordnete Schlösser erläuterte die Vorlage. Sie erinnerte daran, dass die letzte Preiserhöhung 3 Jahre zurückliege. Kostensteigerungen in den verschiedensten Bereichen würden nun zu einer Preiserhöhung zwingen, um mit dem Zuschuss aus dem städtischen Haushalt auskommen zu können. Es handle sich um eine moderate Erhöhung. Bezüglich der Preiserhöhung sei der Zoodirektor auf sie zugekommen, wie überhaupt Herr Dr. Heckel sehr vorausschauend und innovativ arbeite. Auch nach der Preiserhöhung liege man im vergleichbaren Rahmen mit anderen Tierparks und Zoos. Sie verwies darauf, dass man insgesamt eine andere Preispolitik als andere Zoo's habe und daher auch manche Wünsche und Anliegen nicht erfüllen könne. Die Eintrittspreishöhung sei vertretbar und die Eintritte blieben nach wie vor im Rahmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Erhöhung der Eintrittspreise Familien treffe. Auch die Zooerweiterung bringe Folgekosten mit sich. Dann dürfe man sich nicht wundern, wenn man Eintrittspreise erhöhen müsse. Die UBFL-Stadtratsfraktion gehe diesen Weg nicht mit und lehne daher diese Sitzungsvorlage ab.

Beigeordnete Schlösser entgegnete, dass die Zooerweiterung die Attraktivität des Zoos steigern werde. Im übrigen sei klar, dass man einen Tod sterben müsse. Aber man könne ja nicht die Tiere auf 50% Kost setzen. Die Tiere müssten auch betreut und gepflegt werden, so dass man auch keinen Spielraum für Personaleinsparungen habe.

Ratsmitglied Schwarzmüller bat darum, nach einem Jahr zu berichten, wie sich die Preiserhöhung auf die Besucherzahlen ausgewirkt habe.

Beigeordnete Schlösser sagte diesen Bericht zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Die Erhöhung der Einzel- und Kleingruppen-Eintrittspreise im Zoo Landau zum 01.01.2012 wird beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 7. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des EWL

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau als Satzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Jahresabschluss 2010 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs vom 8. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Er lobte die Geschäftsführung und die Mitarbeiter des EWL für ein effizientes Arbeiten. Beim EWL herrsche Kostenbewusstsein und Effizienz. Diese zeige sich vor allem am Betriebszweig Baubetriebshof, der in sehr schwieriger Lage gewesen sei und wirtschaftliche Altlasten abtragen musste. Er sei nun ein sehr effizient arbeitender Betrieb.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes

1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:

Der Stadtrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2010 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 91.814.090,81 € und den Jahresgewinn mit 2.143.867,81 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	1.469.440,10 €
Abfallentsorgung mit	297.431,41 €
Bauhof mit	357.760,11 €
Projektentwicklung Landesgartenschau mit	-9.279,37 €
Straßenreinigung mit	28.515,56 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Abfallentsorgung und Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresüberschuss des Betriebszweiges Bauhof wird in Höhe von 100.000 € an den Haushalt der Gemeinde abgeführt, der verbleibende Jahresüberschuss in Höhe von 257.760,11 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen

2. Entlastung des Vorstandes:

gemäß § 7 Abs 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2010.

II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.

Stadt Landau in der Pfalz





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)

Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) für das Jahr 2012 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau, Straßenreinigung

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. November 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch begründete die Vorlage. Das neue Konzept für die Abfallentsorgung beginne zu greifen. 180.000 Euro weniger Gebühren verlange man den Bürgerinnen und Bürgern ab. Es greife auch die Entscheidung, die Papiersammlung kommunal zu organisieren. Dies entlaste auch den Gebührenhaushalt mit einem stattlichen Betrag. Ein Problemthema sei allerdings die Zentrale Abfallversorgung Südwestpfalz (ZAS). Das schon heute nicht voll ausgelastete Müllheizkraftwerk in Pirmasens werde in Zukunft noch mehr Probleme machen. Dies werde eine große Herausforderung sein.

Ratsmitglied Dr. Migl sah beim Baubetriebsamt ebenfalls eine sehr positive Entwicklung. Man werde den Wirtschaftsplan dennoch nicht mittragen. Die Überdimensionierung des Müllheizkraftwerks sei bekannt gewesen. Mit den bestehenden Verträgen sei man geknebelt. Heute habe man die Folgen hieraus zu tragen. Ein weiterer Grund für die Ablehnung sei die Landesgartenschau, die mit der Projektentwicklung in diesem Wirtschaftsplan verankert sei. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Ratsmitglied Schröder war der Meinung, dass der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb auch Bestandteil des Kommunalen Entschuldungsfonds sein müsse. Dies sei aber nicht geschehen. Daher lehne auch die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 36 Ja- und 6 Nein-Stimmen:

1. den in der Anlage zur Sitzungsvorlage beigelegten Wirtschaftsplan des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau für das Jahr 2012 für die Betriebszweige Abfallentsorgung, Abwasserbeseitigung, Bauhof, Projektentwicklung Landesgartenschau und Straßenreinigung mit den folgenden Zahlen:

Erfolgsplan

Erträge	16.287.000,-- €
Aufwendungen	16.643.000,-- €

Vermögensplan

Einnahmen	7.283.000,-- €
Ausgaben	7.283.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-ermächtigungen wird festgesetzt

für das Jahr 2012 auf 750.000,-- €

Der Gesamtbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf

150.000,-- €

2. Der Stadtrat stimmt der unter Punkt 1 genannten Beschlussfassung zu.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)

2. Controllingbericht/Sachstandsbericht zur Landesgartenschau 2014

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 1. Dezember 2011, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl stellte fest, dass im Durchführungshaushalt die Betriebskosten nach oben korrigiert worden seien. Sie wollte wissen, wie hier ein Ausgleich erfolgen solle.

Der Vorsitzende entgegnete, dass dies letztlich durch die Gesamtmaßnahme ausgeglichen werden solle. Der Ansatz sei in der Machbarkeitsstudie sehr niedrig angesetzt gewesen.

Ratsmitglied Lerch sah es dennoch als nicht unproblematisch an. Man habe begründete Mehrausgaben, aber noch fiktiv angenommene Mehreinnahmen.

Der Stadtrat nahm den Controllingbericht zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf folgende Termine hin:

- Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Dr. Christof Wolff am 16. Dezember 2011 im Alten Kaufhaus
- Gedenkfeier für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2012 um 17.00 Uhr in der Aussegnungshalle des Hauptfriedhofs

Der Vorsitzende bat Herrn Bernhard um eine Stellungnahme zur laufenden Baumaßnahme in der Langstraße.

Herr Bernhard erläuterte, dass Ursache für die Baumaßnahme der schlechte Zustand des Gehweg- und Parkbereichs sei. Die Betonplatten seien gerissen und mehr und mehr zu Stolperfallen geworden. Daher sei die Gehwegssanierung zwingend notwendig geworden. Hinzu kämen die chaotischen Verkehrsverhältnisse gerade zum Schulbeginn und zum Schulschluss. Man habe nun versucht, die beiden Maßnahmen Unterhaltung und Neuregelung des ruhenden Verkehrs miteinander zu verbinden. Es sei eine verkehrstechnisch notwendige Maßnahme und habe nichts mit Verschönerung zu tun. Eine frühere Umsetzung der Maßnahme beispielsweise im Herbst sei wegen fehlender Kapazitäten der Vertragsfirma nicht möglich gewesen.

Ratsmitglied Silbernagel sah durch die Baumaßnahme erhebliche Behinderungen des Christbaummarktes. Hier hätte man doch eine andere Zeitplanung machen sollen.

Ratsmitglied Scheid wollte wissen, wie hoch die Kosten dieser Baumaßnahme in der Langstraße seien.

Herr Bernhard teilte mit, dass die Kosten bei rund 60.000 Euro liegen.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach dem Ausbau der Kindergartenplätze für unter 3-jährige. Der Vorsitzende des Deutschen Städtetages sehe hier eine Klagewelle auf die Städte zukommen. Er wolle daher wissen, wie weit der Ausbau der U3-Plätze in Landau sei und wie die Perspektive hinsichtlich des Rechtsanspruchs im Jahr 2013 sei.

Bürgermeister Hirsch teilte mit, dass man bei den Plätzen für 2 bis 3-Jährige mit 68 % den ersten Platz bei den kreisfreien Städten belege. Er gehe davon aus, dass man mit der neuen Kindertagesstätte „Wilde 13“ nah an die 35 % für die unter 2-jährigen kommen werde. Man werde aus der Erfahrung heraus aber sicherlich mehr brauchen. Weitere Plätze seien nur mit Neubauten realisierbar. Dies werde angesichts der städtischen Haushaltslage eine heftige Herausforderung.

Ratsmitglied Doll kritisierte, dass die Tische auf dem Nikolausmarkt vermüllt seien. Man sollte hier von städtischer Seite deutliche Hinweise an die Beschicker geben, auf die Sauberkeit der Tische zu achten.

Der Vorsitzende sicherte zu, dies an das Büro für Tourismus weiterzuleiten.



Die Niederschrift über die 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 13.12.2011 umfasst 33 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 563.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete